



EMBASSY OF THE REPUBLIC OF NAMIBIA

Telephone (0 30) 25 40 95 - 0
Telefax (0 30) 25 40 95 - 55
E-mail: info@namibia-botschaft.de

Reichsstrasse 17
14052 Berlin

Ref.: 1/4
Enq.:

Deutscher Bundestag
Fraktionsvorsitzender, CDU/ CSU
Volker Kauder, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Berlin, den 14. März 2016

*Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE, **Versöhnung mit Namibia – Gedenken an und Entschuldigung für den Völkermord in der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika**, Drucksachen 18/5407, 18/6376, und zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Die Beziehungen zwischen Deutschland und Namibia stärken und unserer historischen Verantwortung gerecht werden**, Drucksachen 18/5385, 18/6378 am 17. März 2016, TOP 10 der Tagesordnung*

Sehr geehrter Herr Kauder,

am 17. März 2016 werden die o.g. Anträge der Parteien Die Linke und Bündnis90/Die Grünen abschließend im Bundestag beraten.

Diese wichtige Debatte wird sechs Tage vor dem 26. Jahrestag der Unabhängigkeit der Republik Namibia am 21. März 2016 stattfinden. Besonders die Namibier aber auch die Afrikaner im Allgemeinen werden aus diesem Grund die Debatte im Bundestag am Donnerstag mit großem Interesse verfolgen.

Der Zufall will es, dass diese Bundestagsdebatte mit der Einführung des fünften namibischen nationalen (Harambee) Entwicklungsplanes zusammenfällt, den unser Finanzminister, Herr Calle Schlettwein, am 17. März im namibischen Parlament vorstellen wird.

Der „Harambee“ Plan zielt auf die langfristige Ausrottung der Armut als Wurzel sozialer und politischer Instabilität, der bis zum Jahr 2025 umgesetzt werden soll. Das Wort „Harambee“ entstammt einer namibisch-afrikanischen Sprache und bedeutet so viel wie „lasst uns vereint am selben Strang ziehen“.

„Harambee“ verschweigt oder verdeckt nicht die Existenz verschiedener Herangehensweisen. Vielmehr beschwört die Harambee-Idee die Menschen, für die gemeinsame Sache zusammen und nicht gegeneinander zu arbeiten.

Nach Beratungen mit zahlreichen Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen kamen wir zu der Erkenntnis, dass es unter diesen Abgeordneten einen Konsens darüber gibt, dass die namibische Frage zu ernst ist, ein Instrument für politisches Taktieren zu werden und dass der ernsthafte Wunsch besteht, einen interfraktionellen Antrag zum Thema Völkermord und Kolonialismus vorzulegen. Ich möchte daran erinnern, dass der momentane namibische Parlamentspräsident, der ehemalige Botschafter Namibias in Deutschland, Herr Prof. Dr. Peter Katjavivi, bereits 2007 an die Mitglieder des Bundes appellierte, eine solche parlamentarische Einheit zum Thema zu erzielen.

Die gewählten Vertreter_innen der namibischen Verfassungsgebenden Versammlung entschieden sich für diese geeinte Herangehensweise, als sie ähnlich schwierige Themen der gemeinsamen kolonialen Vergangenheit 1990 angingen. Sie entwarfen die Verfassungsbestimmung, die den Schutz aller Eigentumsrechte garantierte, einschließlich des Großteils derer, die man sich während der Kolonialzeit unter Zwang oder aufgrund einseitiger Erlasse und ohne Schadensersatz an die rechtmäßigen Eigentümer zu leisten, angeeignet hatte. Dieses Ergebnis wurde nach tagelangen Gewissenskämpfen einstimmig erzielt. Dabei ließen sich die Vertreter aller politischen Parteien von ihren Überzeugungen leiten, dass Namibias Zukunft auf den Grundfesten von Versöhnung und Vergebung gebaut werden solle und nicht im Geist der Vergeltung gegenüber den Nachfahren der Kolonisatoren. Der Verfassungsgebende Ausschuss von 1990 wurde seinerzeit von niemand anderem geleitet als unserem heutigen dritten Präsident, Dr. Hage Geingob.

Vor diesem Hintergrund und in Einklang mit den besonderen Beziehungen zwischen Namibia und Deutschland aufgrund „moralischer und historischer Gründe“, dargelegt in der Bundestagsentschließung von 1989 und im Jahr 2004 bekräftigt, wünscht sich die Regierung der Republik Namibia, dass die Bundestagsdebatte am Donnerstag, dem 17. März 2016, von dem Geist des „Harambee“ geleitet wird.

Mit anderen Worten: Wir wünschen uns, dass alle Bundestagsfraktionen einer bundesdeutschen, namibischen und afrikanischen Öffentlichkeit ihre Bereitschaft signalisieren, gemeinsam darauf hinzuarbeiten, dieses schwierige Kapitel im besten Interesse der Menschen in beiden Ländern zu schließen.

Die namibische und deutsche Regierung fühlten sich dem Geist des „Harambee“ verpflichtet, als sie Sondergesandte benannten und mit der Aufgabe betrauten, eine für beide Seiten annehmbare Lösung zu erarbeiten, die aus der Verpflichtung erwächst, Wiedergutmachungen für das anerkannte Unrecht der Vergangenheit zu leisten.

Dies sind die Gründe, warum wir die Parlamentarier_innen der Fraktionen Die Linke und Bündnis90/Die Grünen gebeten haben, ihre o.g. Anträge am 17. März 2016 zugunsten eines fraktionsübergreifenden, vom Geist des Harambee inspirierten Antrags zurück zu ziehen.

Ein solcher Antrag könnte bald eingebracht werden und sich an den von der namibischen und deutschen Regierung aufeinander abgestimmten Vorschlägen orientieren. Er würde die Grundlage für eine sachliche und würdige Debatte schaffen, die sowohl den Opfern als auch den Nachfahren den nötigen Respekt entgegenbringt.

Ich fühle mich sehr geehrt, dass die MdBs der beiden Fraktionen von Die Linke und Bündnis90/Die Grünen in den verschiedenen Bundestagsausschüssen in unseren Gesprächen ihr Einverständnis gaben, ihre Anträge zugunsten eines fraktionsübergreifenden Antrags am 17. März 2016 zurück zu ziehen. Für ihr gezeigtes Verständnis und ihre kluge Entscheidung, gemeinsam mit der Regierungskoalition zu der Vertiefung der besonderen Partnerschaft zwischen Namibia und Deutschland beizutragen, steht die namibische Regierung und das namibische Volk in ihrer Schuld.

Die namibische und die deutsche Regierung sowie ihre beiden Sondergesandten sind sich der historischen Verantwortung bewusst, diesen Augenblick wahrzunehmen, um das schreckliche Kapitel unserer geteilten Geschichte zu schließen, damit wir den Blick auf eine hoffnungsvolle Beziehung zum gegenseitigen Nutzen unserer beiden Länder und von-Mensch-zu-Mensch richten mögen.

Mit freundlichen Grüßen



H.E. Andreas Guibeb
Botschafter

Cc: Gerda Hasselfeldt, MdB, Erste Stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Vorsitzende der CSU-Landesgruppe; Thomas Oppermann MdB, Fraktionsvorsitzender, SPD; Dr. Sahra Wagenknecht MdB, Fraktionsvorsitzende & Dr Dietmar Bartsch MdB, Fraktionsvorsitzender, Die Linke; Katrin Goering-Eckhard MdB, Fraktionsvorsitzende & Dr. Anton Hofreiter MdB, Fraktionsvorsitzender, Bündnis90/Die Grünen